

Calmer Tagblatt

Nr. 52.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweser 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 15 Bsp. Retikeln 25 Bsp. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Dienstag, den 4. März 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postgebühren 2.25, vierteljährlich 6.75, halbjährlich 12.50, jährlich 24.00. Postbezugspreis im Orts- und Hochbarometerbezirk 2.15, im Fernbezirk 2.25. Bsp. in Württemberg 50 Bsp.

Die Bedingungen für den dauernden Waffenstillstand.

Genf, 2. März. Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat, wie die heutigen Lyoner Zeitungen nach der „Pres. Ag.“ melden, für den dauernden Waffenstillstand mit Deutschland folgende Bedingungen ausgearbeitet:

Die Präsenzstärke der aktiven deutschen Armee soll 200 000 Mann nicht überschreiten. Der Oberbefehl und die Ausrüstung dieser Truppen werden einem strengen Reglement unterworfen, das in seinen Einzelheiten den Friedenspräliminarien eiberleibt wird. Artillerie und Flugwesen werden scharf kontrolliert und dürfen die von den Alliierten festgesetzten Beschränkungen nicht überschreiten. Den in Deutschland verbleibenden Kriegswerkstätten wird ein Produktionsmaximum vorgeschrieben. Eine internationalisierte Inspektionskommission wird die dauernde Kontrolle der Truppen und Kriegswerkstätten sichern.

Besondere Steuern und die Beschlagnahme der Zollinnahme werden der Zahlung der deutschen Kriegsschuld dienlich gemacht. Deutschland soll jährlich 10 bis 15 Milliarden an eine internationale Kommission zahlen, die beauftragt ist, den Zahlungsmodus zu regeln. Die Dauer dieses Zahlungszwanges wird auf 30 bis 50 Jahre berechnet.

In Bezug auf die Gebietsfragen wird die bisherige Besetzung des linken Rheinuferes uneingeschränkt aufrecht erhalten. Eine ethnographische und statistische Rückführung entsprechende Demarkationslinie wird Deutschland und Polen ebenso wie Deutschland und Oesterreich scharf trennen.

Ueber die maritimen Forderungen den Entente teilen die französischen Zeitungen im Anschluß an die englische Presse folgendes mit: In Bezug auf das Schicksal der deutschen Flotte besteht eine Differenz zwischen England und Frankreich, das sich der Zerstückung dieser Flotte widersetzt. In allen übrigen Punkten sind jedoch die Alliierten einig in Bezug auf die Behandlung der deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Kriegsfahrzeuge. Sämtliche deutsche U-Boote, die Rettungsfahrzeuge für U-Boote, die Docks, einschließlich des größten Docks von Kiel, müssen innerhalb 14 Tagen unter Aufsicht der Entente abgebaut werden. Sämtliche in Bau befindlichen Einrichtungen der nämlichen Art müssen innerhalb dreier Monate nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens abgetragen sein. Das Material kann andere Verwendung finden, jedoch nur zu Arbeiten, die dem Frieden dienen. Deutschland wird verpflichtet, folgende Kriegsfahrzeuge in feindlichem Zustand mit Kanonen und Torpedos auszuliefern: „Obenburg“, „Thüringen“, „Ostfriesland“, „Helgoland“, „Westfalen“, „Rheinland“ und „Nassau“, die deutschen Kreuzer: „Pillau“, „Graubenz“, „Regensburg“, „Straßburg“, „Dessau“, „Mugsburg“, „Kolberg“ und „Stuttgart“, 42 moderne Torpedojäger und 50 moderne Torpedoboote. Die im Bau befindlichen Kriegsschiffe müssen abgebaut werden. Die Befestigungen und Hafenanlagen von Helgoland müssen von den Deutschen auf ihre eigenen Kosten zerstört werden. Die Friedenskonferenz wird über das Schicksal der Insel selbst entscheiden. Sämtliche die Zufahrt zur Ostsee beherrschenden Befestigungen müssen abgetragen werden. Der Kanal von Kiel muß für alle Zeiten den Kriegsschiffen und Handelsfahrzeugen aller Völker geöffnet bleiben. Die Hilfskreuzer und übrigen bewaffneten Handelsschiffe, die ohne Schwierigkeit in Handelsfahrzeuge umgewandelt werden können, werden als Handelsschiffe behandelt, einerlei, ob sie sich in feindlichen Häfen befinden oder bereits in alliierten Häfen interniert sind. 31 deutsche und 40 österreichisch-ungarische Fahrzeuge fallen unter diese Bestimmung.

Die deutschen Telegraphenlabelnetze, bestehend aus 14 Linien nach Amerika und Asien, werden ihren ehemaligen Besitzern nicht zurückgestellt. Die Stationen für drahtlose Telegraphie in Rauen, Hannover und Berlin dürfen nur noch für Handelszwecke benutzt werden. Diese Bestimmung bezieht sich während der Friedensverhandlungen nicht nur auf Mitteilungen militärischer Natur, sondern bezweckt auch, die politische Propaganda des Feindes abzuschneiden. Die Benutzung dieser Stationen für militärische und politische Zwecke wird erst gestattet werden, wenn die militärischen Waffenstillstandsbedingungen sämtlich erfüllt sein werden. Bis dahin werden die Alliierten

den deutschen Stationen die Länge der zulässigen Herzkwellen vorschreiben und ihre Arbeit überwachen. Die nämlichen Bestimmungen finden Anwendung auf die Stationen für drahtlose Telegraphie in Wien, Budapest und Pola. Die österreichische Flotte, bestehend aus 13 Panzerschiffen, darunter zwei Kreuzern, 10 leichten Kreuzern, 19 Torpedojägern und 51 Torpedoboote, 33 fertigen oder in Bau befindlichen U-Booten und 12 Donaukanonieren ist den Alliierten auszuliefern. Dieselben Bestimmungen werden über die türkischen und bulgarischen Kriegsfahrzeuge verhängt. Zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer wird freie Durchfahrt garantiert. Sämtliche Befestigungen und Verteidigungswerke sind abzutragen. Eine besondere Klausel betrifft den Ersatz der vom Feinde versenkten Handelsschiffe.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die kommenden Waffenstillstands- und Friedensbedingungen.

Paris, 3. März. Havas meldet: Das Dokument, an dem Marshall Foch mit den Experten der Großmächte arbeitet, enthält praktische Lösungen und Bedingungen militärischen Charakters, welche Deutschland auferlegt werden sollen. Dieses Dokument begrenzt die Bestände der deutschen Armee, indem einer solchen nur noch der Charakter einer Polizeikraft beizulegen wird, und es stellt bestimmte Garantien gegen eine zukünftige Wiederaufnahme des Krieges mit Deutschland auf. Es werden alle Maßnahmen getroffen werden, um die Beachtung der eingegangenen Bedingungen zu sichern. — Die Kommission für die britischen Angelegenheiten traf eine grundsätzliche Entscheidung über Kleinasien. Sie beschloß, daß ein Küstenstreifen zwischen Eosk und dem Golfe Griechenland zugeteilt werde, sei es als völliges Eigentum, sei es für Ausübung eines internationalen Mandates. Italien machte einige Vorbehalte, indem es auf die Verpflichtungen des Vertrages von St. Jean-de-Morianne im Juni 1917 gegenüber Italien hinwies. — Auch die finanziellen Bedingungen sind vorbereitet. Die französische Regierung verlangt nicht Zurückzahlung der Kriegsausgaben; sie fordert jedoch die völlige Wiedergutmachung, die Zahlung ihrer Pensionen und der Summe, die die Gewinneinbußen in der Industrie darstellen. — Der endgültige Waffenstillstand wird Deutschland vor dem 17. März zur Unterschrift vorgelegt werden.

Aus dem Verteilungsplan der Entente.

Amsterdam, 3. März. Dem „Telegraf“ wird aus Paris gemeldet, daß die Kommission für polnische Angelegenheiten bei der Festlegung der Westgrenze von Polen beschloß, Polen seine Grenzen von 1772 zurückzugeben und es außerdem in Oberschlesien schadlos zu stellen. Die Kommission, die sich mit den dänischen Forderungen beschäftigt, hat für Süd-Schleswig die Volksabstimmung en bloc und für Mittel-Schleswig die Abstimmung nach Distrikten beschloß. Diese beiden Abstimmungen sollen abgehalten werden, „nachdem das Land zuerst von dem Einfluß der preussischen Beamten befreit ist“. Der „Independance Belgique“ wird dem „Telegraf“ zufolge aus Paris berichtet, daß die Kommission, die sich mit den belgischen Forderungen befaßt, voraussichtlich die Revision des Vertrages von 1839 beschließen werde und daß Belgien die größte Aussicht habe, seine Wünsche durchzusetzen.

Die französischen Forderungen.

Bern, 1. März. Der Pariser Berichterstatter des „Berner Bundes“ meldet: Aus der von Lardieux verfaßten Denkschrift über die künftige französische Grenze geht hervor, daß die französische Regierung den Amerikansströmungen nicht nachgegeben hat. Frankreich verlange die bedingungslose Rückgabe von Elsaß-Lothringen, d. h. mit den Grenzen von 1870 und nicht mit denen von 1815. Abgesehen hiervon begehrt Frankreich keinerlei Gebiet auf dem linken Rheinufer, auch das Saarbecken nicht. Die einzige Forderung sei, daß der Rhein die strategische Grenze gegen Deutschland bilde und daß die

Kohlenerzeugung im Saarbecken Frankreich vorbehalten bleiben müsse. — Also Deutschland dürfte dann auf dem linken Rheinufer keine Befestigungen und Garnituren anlegen und das Saarbecken würde tatsächlich auch den Franzosen gehören. Elsaß-Lothringen aber ist immer noch zu 10/10 deutsch.

Die Forderungen der französischen Presse.

Bern, 1. März. Die von den Lyoner Zeitungen veröffentlichten neuen Waffenstillstandsbedingungen dürften von der Pariser Presse nicht gebräut werden. Die Pariser Presse hebt allgemein hervor, daß die Friedensverhandlungen in ein entscheidendes Stadium eingetreten seien. — Der „Temps“ schreibt, ein dauerhafter Frieden werde nicht möglich sein, solange Preußen im Besitze des linken Rheinuferes und des westfälischen Industriebezirke wäre. Frankreich müsse den Rhein zur strategischen Grenze machen und gleichzeitig dem rheinisch-westfälischen Staat zum Leben verhelfen. — „Viktoria“ verlangt die Schaffung eines neuen Pufferstaates auf dem linken Rheinufer, besonders mit Rücksicht darauf, daß man Deutschland nicht hindern könne, die acht Millionen Deutsch-Oesterreicher in sich aufzunehmen

Frankreich und das Elsaß.

Bern, 1. März. Die elsässischen Sozialisten protestierten in Straßburg gegen die Beibehaltung der regionalen Tendenzen in Elsaß-Lothringen, das kein Ausnahmeregime erhalten dürfe. Sie fordern die Beibehaltung der deutschen Arbeitsgesetze und der deutschen Sprache, Verstaatlichung der Eisenbahnen und der bisher in deutschem Besitze befindlichen Eisen-, Kalk- und Kohlenbergwerke. Sembat klagt in der „Humanité“ sehr darüber, daß die Berichterstattung über Elsaß-Lothringen durch die Zensur außerordentlich eingeschränkt werde. In Elsaß-Lothringen werde lediglich eine Postfiliale des Grundbetriebes betrieben. Durch Pariser Blätter ist bekannt geworden, daß klerikale Kreise im Elsaß den Wunsch haben, Frankreich möge Beziehungen zum Vatikan aufnehmen. Cochon, den Clemenceau mit der Übernahme dieser Mission beauftragt wollte, habe in der Befürchtung abgelenkt, daß die Regierung, wie früher einmal, sein Verhalten später verurteilen würde. Clemenceau solle sich wieder direkt mit dem Papst in Verbindung setzen. Clemenceau soll darauf erklärt haben, er werde sich niemals zu einer solchen Sache hergeben.

Wie wir zahlen sollen.

London, 1. März. Die „Daily News“ melden aus Paris: Der Rat für wirtschaftliche Angelegenheiten hat in einem Bericht an den Obersten Rat die Ansicht ausgesprochen, die Alliierten werden sogleich Frieden schließen oder die Blockade aufheben müssen. Der Korrespondent des Blattes hat erfahren, daß allein in Bukarest täglich 250 Personen infolge Hungers sterben. Es veranlaßt, daß die Kommission für Wiederherstellung erwünscht, Deutschland zu nötigen, auf drei verschiedene Weisen zu zahlen: mit seinen Goldreserven, mit seinen Guthaben im Auslande, sowie mit Kohlen, Kalk und Holz.

Keine A- und S.-Räte im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone gestattet.

Berlin, 4. März. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Auf vielfache Anfragen, insbesondere auch von A- und S.-Räten, ob in der neutralen Zone Soldatenräte oder Volksräte gestattet seien, hat die D. W. R. die Alliierten um Auskunft ersucht. General Rudant hat nunmehr daraufhin erklärt, daß keinerlei S.-Räte, A.-Räte oder Volksräte, auch wenn die Angehörigen keine Militärpersonen sind, in der neutralen Zone gebildet werden.

Der Kampf um den Völkerbund in Amerika.

Amsterdam, 1. März. Das „Niederl. Telegr. Büro Radio“ meldet aus Newyork: Hier geht der Kampf um den Völkerbund mit Erbitterung weiter. Die Morgenblätter enthalten fast nichts anderes als Diskussionen für und wider den Völkerbund. Die Blätter, die dagegen sind, führen an, daß der Präsident bei einem Diner im Weißen Hause und auch bei andern Gelegenheiten zugegeben habe, daß der Bund nicht insstande sein werde. Argege zu verhindern. Sie betonen, daß die Vereinigten Staaten einen Teil ihrer Souveränität würden aufgeben müssen, daß Irland den Engländern ausgeliefert werde. Außerdem verurteilen sie

Das für jetzige Entwurf britisches Gabellat sei und daß die französischen, amerikanischen und italienischen Entwürfe zurückgewiesen worden seien. Außerdem würden in diesem Bollerbund amerikanische Truppen gezwungen, an rein europäischen Kriegen teilzunehmen.

Der Stand des englischen Heeres.

London, 2. März. (Reuter.) Ein neuerliches ausführliches Weißblatt schätzt den Höchststand des Heeres in der Heimat und Uebersee ohne das englische Heer auf 2 1/2 Millionen Mann, deren Verminderung auf 950 000 Mann bewirkt sei. Die Rheinarmee, einschließlich Franzosen und Belgier sollen demnach nach der Demobilisierung aus 13 600 Offizieren und 380 000 Mann bestehen. Das im nahen Orient wird zählen: in Italien 600 Offiziere und 10 000 Mann, in Bulgarien, der Türkei, dem Kaukasus usw.: 4750 Offiziere und 75 000 Mann vom englischen Heere; von Ägypten und Palästina: 3750 Offiziere und 56 000 Mann vom englischen Heere; 2750 Offiziere und 40 000 Mann vom indischen Heere; in Mesopotamien und Nordpersien: 1700 Offiziere und 28 950 Mann vom englischen Heere, 4600 Offiziere und 59 000 Mann vom indischen Heere. Der Bestand dahelst und in den Kolonien, einschließlich der Truppen in Rußland * wird sein: 15 000 Offiziere und 225 000 Mann. In der Demobilisation befinden sich vom britischen Heere 1 350 000, vom indischen Heere 73 000 und von den Dominions 825 000 Mann.

Das Ziel des Spartakismus.

* In den politischen Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Bayern, in Mitteldeutschland und jetzt wieder im Nordosten Deutschlands, in Königsberg und Thorn liegt ein klug ausgearbeitetes System. Ueberall, wo lebenswichtige Produktionsgebiete sind, wo regelmäßig gewählte Volksvertretungen tagen, da suchen die Spartakisten diese anbauende Arbeit zu zerstören, nach dem Plan, den ein Führer der Spartakisten in Posen verraten hat, und der dahin geht, die Zustände immer schlimmer zu machen, die Bevölkerung halb verhungern zu lassen, und dann wollen die Spartakisten auf den Trümmern aufbauen. Also methodischer Wahnwitz oder Massenraub und -Mord, — wie man es heißen will, — sollen zum Ziel der kommunistischen Republik führen. Ein paar entschlossene Fanatiker mit einem Anhang von verführten Tollkopsen, Arbeitsunlustigen, größtenteils aber Tagelöhnen und lichtscheuem Gesindel wollen ein 70 Millionen Volk vergewaltigen, und es dem unfehlbar zum Hungertod führenden russischen Bolschewismus ausliefern. Daß diese Absichten bestehen, geht aus den Vorbereitungen der Spartakisten in Königsberg hervor, das sie in ihre Hand bekommen wollten, um über Rowno eine Stappenstraße Berlin-Moskau zu bilden. Es mußte mit Infanterie und Artillerie eingegriffen werden, um Königsberg vom spartakistischen Terror zu retten. Der Charakter der Streiks und Ausschreitungen in den sächsischen und thüringischen Städten rund um Weimar ist ja auch jedem klar. Die Sache wurde zum Zweck der Auflösung der mit dem freiesten Wahlrecht gewählten Nationalversammlung eingeleitet und des Sturzes der Regierung. Das Ultimatum auf die Landesversammlung in München geschah mit denselben Absichten. Also Ruhe darf es nicht geben, es wird ruiniert. Jetzt geht es wieder in Berlin. Der Spartakusbund fordert zum Generalkrieg auf. Nach den Berliner Blättermeldungen hat der Großberliner Arbeiterrat den Generalkrieg beschlossen, um zu erzwingen, daß grundsätzlich die A- und S.-Räte anerkannt werden, daß alle politischen Gefangenen, d. h. die radikalen Parteiführer wie Ledebour und der Russe Nadek, freigelassen werden, die Freiwilligenkorps zum Schutz des Ostens aufgelöst und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder hergestellt werden. Ferner sollen der Kaiser und der Kronprinz, Hindenburg und Ludendorff vor ein Revolutionsgericht gestellt werden. Der spartakistische Antrag Ebert, Scheidemann und Noske auch abzuurteilen, wurde von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt. Die Demokraten in dem Vollzugstat wurden zum „freiwilligen“ Rücktritt von ihrem Amte gezwungen. Die „Rote Fahne“ aber hegt stündlich die Masse auf mit dem Rufe: Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske. Es wird sich nun bald fragen, ob die Mehrheit der deutschen Arbeiter einer Horde von Elementen folgen will, die noch nie nützliche praktische Arbeit geleistet haben, oder ob sie ihren bewährten Führern auf dem gesetzmäßigen Wege zum Erfolge folgen wird, der nach dem wahren Ausdruck des „Vorwärts“ den größten weltgeschichtlichen Sieg der Arbeiter verspricht. Was noch vor einem Jahr kein Arbeiterführer für möglich gehalten hätte, das ist heute erreicht: Die politische Freiheit aller Staatsbürger, eine Regierung, die alle im Augenblick möglichen Bestrebungen nach sozialem Ausgleich unterstützt und zur Verwirklichung zu bringen sucht. Die Arbeiter sollen nicht mehr der kapitalistisch orientierten Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt sein, sie sollen auch bis zu gewissem Grade im Betrieb mitzusprechen haben, sie sollen das Recht auf Arbeit erhalten. Bezüglich der Entlohnung ist es heute so, daß die Arbeiter verhältnismäßig höhere Löhne und weniger Verpflich-

Nützliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausleihen von Militärpferden.

In besonders dringenden Fällen, insbesondere Landwirtschaft, können wieder Militärpferde ausgeliehen werden.

Diesbezügliche Gesuche sind unter eingehender Begründung des Schutzhelfen- und Oberamts auf sorgfältig ausgefülltem, vorchriftsmäßigem Formular (Lavo 8) unmittelbar an das Kriegsministerium A. 10 (Pferde-Abteilung) zu richten.

Calw, 28. Februar 1919.

Oberamtmann: Gös.

tungen als die Angestellten und Beamten haben, wobei die Frage der oft kostspieligen Vorbildung noch nicht einmal beachtet ist. Die Regierung hat ihre Pflicht anerkannt, und auch ihren Willen kund gegeben, zu einem von sozialer Gerechtigkeit getragenen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Aber gleichemmaßen haben auch die Arbeiter die Pflicht, durch Arbeitswilligkeit ihre Interesse an der Wiederaufrichtung des Staates zu bezeugen.

Was soll man davon sagen, daß von den bis zum 1. März an die Entente abzuliefernden 31 204 landwirtschaftlichen Maschinen nur 575 übergeben werden konnten, weil die Unruhen und Streiks die Herstellung und Ablieferung unmöglich machten. Die Militären haben, trotz des Hinweises von deutscher Seite, daß es sich hier um Verhältnisse handle, für die die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden könne, erklärt, daß sie sich eine Bestrafung für die Nichtablieferung vorbehalten. Um derartige schwere Schädigungen des deutschen Vaterlandes kümmern sich aber die Spartakisten nicht. Ihr Weizen blüht nur auf einem Boden, wo Haß und Wut gegen die eigenen Volksgenossen gefät, und Brudermord und Zerstörung des privaten und nationalen Besitzes geerntet wird. Und was ist das Ende des Spartakuszieles? Die Anhänger des Spartakusbundes sollen mit den Mitteln des Kapitalismus, den man angeblich bekämpft, gestillt werden. Und so würde es schließlich so weit kommen wie in Rußland, wo man die Fabriken zerstört, die Geschäfte ausgeraubt hat, und den Besitzenden ihr Vermögen konfisziert hat. Den bolschewistischen Soldaten und den Arbeitern wurden Riesengehälter fürs Nichtstun bezahlt, und jetzt hat man die Besitzenden mit 10 Milliarden Rubel wieder besteuern wollen, und hat 450 Millionen herausgebracht, sodas schließlich der bolschewistische Finanzminister keinen andern Rat wußte, als den fachverständigen Mitgliedern der Bourgeoisie vorzuschlagen, sie möchten ihren Haß vergessen, und sich in den Dienst der Bolschewisten stellen. Und so würde es im Falle eines Sieges des Spartakismus auch bei uns kommen. Wenn der Bürgerkrieg alle moralischen und materiellen Werte zerstört hätte, dann müßten die Herren Spartakisten, in deren Reihen nur Zerstörungswut gezeitigt wird, erkennen, daß man für die Aufrechterhaltung eines so großen Wirtschaftsorganismus auch Intelligenz und Arbeit braucht. Allerdings muß in diesen schweren Zeiten auch von Arbeitgeberseite der Willen zum Durchhalten gezeigt werden. Es müssen namentlich von denen, die über den Krieg Riesengewinne eingesteckt haben, so viel wie möglich Arbeitskräfte eingestellt werden, selbst wenn man die Arbeitszeit dadurch noch weiter herabsetzen muß, es muß überall für Arbeitsgelegenheit Sorge getragen werden, dann werden auch die besonnenen Elemente sich gegen die zerstörende Wirkung des Bolschewismus wenden.

○

Belagerungszustand in Berlin.

Berlin, 3. März. Um die Mehrheit der Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den ganzen Polizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Nieder-Barnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollziehende Gewalt geht damit auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister Noske, über, der zur Ausführung des Belagerungszustandes besondere Anordnungen erläßt, sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

Abspaltungsbestrebungen in Bayern.

Nürnberg, 2. März. Der „Fränkische Kurier“ meldet aus Augsburg: Infolge der unsicheren Lage, die in Bayern zur Anarchie hinneigt, machen sich in Westschwaben Abspaltungsbestrebungen von Bayern bemerkbar. Es haben bereits Verhandlungen mit württembergischen Kreisen stattgefunden. Es wird an einen Anschluß Westschwabens an Württemberg gedacht.

Ein Antrag der Mehrheitssozialisten bezüglich der Sozialisierung.

München, 3. März. Die gesamte mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Genossen gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen

allein der Nation zusteht. Weist die Reichsregierung aufgefördert, Bergwerke und die Erzeugung von Energien möglichst beschleunigt der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. März 1919.

Dienstnachricht.

Dr. Siegfried Trautwein von hier wurde eine Oberreallehrerstelle in Blaubeuren übertragen.

Freiwillige Sanitätskolonne Calw.

Gemäß einem Beschluß der letzten Vollversammlung war dem Kommando des Württ. Sanitätskorps mitgeteilt worden, wie hier über das Fortbestehen der Kolonne geurteilt würde. Am Sonntag fand nun die 2. Versammlung der hiesigen Sanitätskolonne in der „Schwäne“ statt, um sich mit der Antwort des Kommandos und der Neuordnung der Kolonne zu befassen. Kolonnenführer Amtsgerichtsekretär Pfizner begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Bezirksvertreter des Roten Kreuzes, Oberamtmann Gös, und bedankte die Interessiertheit der Kameraden, waren doch nur 13 Mitglieder erschienen, gegen 20 an der Vollversammlung bei einem Mitgliederstand von zirka 60. Es wurde betont, daß doch die meisten wußten, um was es sich in dieser Versammlung handeln würde, deshalb hätte ein härterer Besuch erwartet werden dürfen. Vom Kommando wurde mitgeteilt, daß eine Neuorganisation der Kolonnen des Landes nach der Kriegszeit stattfinden. Ganz andere Gesichtspunkte würden da zutage treten, und sollen die Mitglieder nach guter Ausbildung zur ersten Hilfe, bei Kranken-Transporten und sonst. Rettungswerken verwendet werden. Wer eben nicht weiter dabei stehen wolle, solle austreten, und an solchen Orten, wo die Mitgliederzahl zu sehr gesunken, solle unter Mitwirkung des Bezirksvertreter vom Roten Kreuz eine neue Kolonne gebildet werden. (Dies ist für Calw ja nicht nötig, da die jetzige Kolonne nach wie vor weiter bestehen bleibt, auch war ja an eine Auflösung nicht gedacht.) An diesen Bescheid des Kommandos schloß sich eine Aussprache, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten. Nach einer Auseinandersetzung über die Beschlußfähigkeit der Versammlung wurde nach lebhaftem für und Wider beschlossen, von jedem Kameraden klaren Bescheid zu verlangen, ob er Mitglied bleiben wolle oder nicht, dann solle er auch die eventl. noch in seinem Besitze befindl. Gegenstände der Kolonne abgeben. Mit dieser Feststellung wurde der Kamerad Bayer betraut. Die Anwesenden erklärten sich bereit, weiter Mitglied der Kolonne zu bleiben, doch wurde erwartet, daß eben auch die Sanitätskolonnen sich den neuen Verhältnissen anpassen und auch von anstrengenden Gesträubungen abgesehen werde. Nach der Erledigung einer Anzahl interner Vereinsangelegenheiten schloß Kolonnenführer Pfizner die Versammlung mit dem Wunsch, daß in der vorausichtlich am Montag den 17. März stattfindenden Versammlung dann endgiltig die Neuordnung der Kolonne stattfinden möge.

Vom Arbeiter-Rat Calw.

Man schreibt uns: In der letzten Sitzung des hiesigen Arbeiter-Rates wurde eine Anzahl wichtiger Fragen behandelt. Die Wohnungsnot in Calw wurde eingehend besprochen, und der Vorsitzende, R. Stör, beauftragt, an zuständige Stelle hier vorstellig zu werden. Es seien unheilbare Zustände, wenn Villen und Häuser leerstehen und Zugelohnte keine Wohnung bekommen, auch sei es nicht nötig, daß bei der jetzigen Raumnot noch 6-Zimmer-Wohnungen und weiter von 2-4 Personen bewohnt werden, auch kinderreiche Familien sehe man nicht gerne als Mieter. — Wie der A.-R. erfahren, haben die hies. Rotenarbeiter eine Wohnforderung eingereicht, da die jetzige Bezahlung nicht auskömmlich, zumal die Kleidungsstücke bei der Arbeit sehr mitgenommen werden. Es wurde betont, daß die Arbeiter sich hätten an den A.-R. wenden sollen, der doch zur Vertretung der Interessen der Arbeiter gewählt worden sei. Trotzdem werden die Mitglieder des A.-R. an den zuständigen Stellen die Eingabe nachdrücklich unterstützen. — Der Garnisonrat Calw hatte ebenfalls eine Gehaltsfestsetzung an zuständige Stelle eingereicht für die auf dem Bezirkskommando tätigen Schreiber usw. und wurde auch da die Unterstützung zugesagt. — In den Sitzungen auf dem Rathaus wird der A.-R. von jetzt ab ständig vertreten sein. — Ueber die Bezahlung der Arbeiter hier im allgemeinen wurde festgestellt, daß bei einigen Arbeitgebern noch Löhne gezahlt würden, die mehr als gering seien, dabei ließen aber diese Arbeitgeber sich ihre Arbeit von der Rundschaft mehr als hoch bezahlen. Auch sei hier des öfteren die Ansicht anzutreffen, daß die Arbeitslöhne herabgesetzt werden müßten, dann würde es im allgemeinen billiger. Dabei weiß jeder Einsichtige, daß die Rohmaterialien, die wir brauchen, so fürchtbar teuer sind, daß die Löhne eher noch steigen werden. B. V. Anfang des Krieges sei doch schon vieles im Preis gestiegen, wo die Löhne heruntergingen, und diese Preissteigerung sei in den Jahren oft künstlich weiter emporgeschraubt worden. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß obwohl die stündliche Arbeitszeit gesetzlich festgelegt sei, immer noch einzelne Betriebe bis zu 10 Stunden schaffen. Der A.-R. wird sich weitere Schritte in der Sache vorbehalten.

Die Gemeinden und die Räte.

Wie dem Ministerium des Innern bekannt geworden ist, vollzieht sich das Zusammenarbeiten der Bezirks- und Gemeindebehörden mit den Arbeiter-, Bauern- und

Soldatenräten vielfach nicht in der erwünschten Weise. Das Ministerium des Innern erwartet, daß die Behörden den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten die Erfüllung der ihnen durch die staatliche Umwälzung zugefallenen Aufgaben nicht erschweren oder unmöglich machen, und daß diese Räte Eingriffe in die Verwaltung vermeiden, die ihnen nicht zustehen. Bei gutem Willen auf beiden Seiten läßt sich ein verständiges Zusammenarbeiten ermöglichen.

Der Verband württ. Industrieller und die Wahlen

Wir werden um Aufnahme folgender Notiz gebeten: In der Nr. 4 des „Schwäbischen Landmann“ finden sich die Behauptung: die württ. Industrie gab durch ihre Organisation über 600.000 Mark für Wahlzwecke der demokratischen Partei, die mit dieser Summe in erster Linie die rechtsstehenden Parteien, den Bauernbund und die Bürgerpartei bekämpften. Demgegenüber stellt der Vorstand des Verbands Württ. Industrieller fest, daß der Verband, der die Organisation der württ. Industrie darstellt, irgend einen Beitrag für Wahlzwecke nicht gegeben hat, also auch nicht für die Deutsche demokratische Partei.

Milchproduzenten und Preisfrage.

Stuttgart, 2. März. Die Vereinigung der Milchproduzenten und Lieferanten für Stuttgart und Umgebung nahm auf einer Versammlung im Stadtgarten einen Bericht ihres Vorsitzenden, Abgeordneten Körner, entgegen. In lebhafter Aussprache wurde durchweg ein Festhalten an der Forderung nach Erhöhung des Milchpreises im Sinne der Vereinigung verlangt und mit dem Milchpreis gedroht, für den Fall, daß eine Ablehnung erfolge, weil die Milchproduzenten mit den bisherigen Preisen bisher nicht mehr auf die Kosten kommen. Auch wurde eine Abordnung gewählt, die am Dienstag nochmals mit dem Ernährungsminister verhandeln und sodann die Richtlinien für die er-

greifenden Maßnahmen am nächsten Sonntag den Einzelnen Bezirksversammlungen im Lande unterbreiten soll.

Bad Liebenzell, 1. März. In einer von der Ortsgruppe der Deutschen demokr. Partei einberufenen Versammlung sprach letzten Donnerstag im Gasth. z. Hirsch Abgeordneter Joh. Fischer = Stuttgart über das Thema: „Bei der Grundsteinlegung in Weimar.“ Der gewandte Redner führte die Zuhörer nach Weimar in die Nationalversammlung, die sich von dem früheren Reichstag durch ihre Einfachheit wesentlich unterscheidet, aber durch das Fehlen der glänzenden Uniformen nicht weniger eindrucksvoll sei. Er machte die Versammelten bekannt mit den Fühnern der Parteien und den Mitgliedern der Regierung, den festen Willen und die Tatkraft des Reichswehrministers Noske ganz besonders hervorhebend. Auch veräumte er nicht, auf die fürchtbar ernste Lage, in der wir uns nach den Ausführungen Schiffers befinden, aufmerksam zu machen, was von der Masse des Volkes immer noch nicht erfaßt zu sein scheint, sonst wäre der Regierung die Erlassung eines Tanzverbots erspart geblieben. Der Vorstand der Ortsgruppe, Hauptlehrer Böhmle, sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus.

Oberkollwangen, 3. März. Einen rentablen Abschluß ergab die hiesige Jagd am letzten Samstag bei einem abgehaltenen Treibjagen, wobei 2 Kapital-Hirsche zur Strecke gebracht wurden, und zwar von den Gästen Lammwirt Burkhardt von Neuweller 1 Zehnder und dessen Sohn Philipp 1 Ahtender. Die Beute ist bei der jetzigen Nahrungsmittelnot sehr angebracht, und dadurch dem Wildschaden auf die beste Weise vorgebeugt.

Stuttgart, 1. März. (Wiederzusammentritt der Landesversammlung.) Die Landesversammlung wird ihre nächste Sitzung am Mittwoch den 5. März nach-

mittags 4 Uhr abhalten. Auf der Tagesordnung stehen einige Anfragen und vorratsichtlich die Beratung des Gemeindevahlgesezes.

(S.V.) Stuttgart, 1. März. In der Nacht vom letzten Dienstag auf Mittwoch wurde in das Warenhaus Lieh in der Königstraße eingebrochen. Entwendet wurden Seidenstoffe, Parfümerien, Bijouteriewaren, Herrenwäsche, Schirme, Operngläser und Lederwaren im Wert von ca. 45.000 Mark. Die Beute ist in mehreren am Ladort gestohlenen Handtaschen weggeschafft worden. Bis jetzt konnten die Täter nicht ermittelt werden. Für die Verbringung der gestohlenen Sachen hat die Firma eine Belohnung bis zu 1000 Mark ausgesetzt.

(S.V.) Geislingen a. St., 1. März. Gestern mittag kam es in dem benachbarten Kuchen zu einem aufregenden Vorfall. Zwei in Kuchen wohnhafte Leute wurden von einem in Göppingen stationierten Leanten der Schutzpolizei in Begleitung eines Vizefeldwebels des Göppinger Sicherheitskommandos wegen Diebstahls verfolgt. Bei der Festnahme zog einer der beiden Durschen vor dem Hause der Witwe Schneider in Kuchen einen Revolver und tötete den Kriminalbeamten Johannes Fischer durch einen Schuß in den Kopf. Der Täter, auf den ebenfalls geschossen worden sein soll, entfloh in der Richtung des Hengelbergs, während sein Begleiter verhaftet werden konnte. Sofort aufgebotene Mannschaften der hiesigen Sicherheitskompanie nahmen die Verfolgung auf und fanden den Täter, ebenfalls mit einer Schutzverletzung am Kopfe, am Hengelberg auf. Er wurde noch lebend nach Kuchen gebracht und dann in die chirurgische Abteilung des hiesigen Bezirkskrankenhauses übergeführt, wo er aber einige Minuten nach seiner Entlieferung gestorben ist. Die Schußwunde habe er sich, als er sich von den reitenden Patrouillen der Sicherheitskompanie umstellt und keinen Ausweg mehr sah, selbst beigebracht.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.

Vant Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 13. Jan. 1919 und Verfügung des Ministerium des Innern vom 15. Februar 1919 (Staatsanzeiger Nr. 39) sind alle

Schusswaffen, sowie Munition aller Art hiezu

bis spätestens 8. März 1919 bei der Ortspolizeibehörde abzuliefern: Als Schusswaffen gelten: Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinengewehre, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Minenwerfer und Stammenwerfer.

Der Ablieferung unterliegen nicht: 1. Solche Schusswaffen, für welche Munition im Handel nicht mehr erhältlich ist, z. B. deutsche und fremdländische Militärgewehre und Karabiner älteren Modells als 1885; 2. Schusswaffen, welche sich zur Benutzung als solche nicht mehr eignen, z. B. Waffen von rein geschichtlichem oder ethnographischem Werte, alte Stücke von Waffensammlungen.

Munition jeder Art ist unbedingt abzuliefern. Von der Pflicht zur Ablieferung der noch gebrauchsfähigen Schusswaffen nebst zugehöriger Munition sind befreit:

1. Diejenigen Personen, die zur Haltung oder Führung der Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes verpflichtet oder berechtigt sind, hinsichtlich dieser Waffen;
2. die Inhaber von Jahresjagdkarten bezüglich der ihnen für ihre Verfertigung als Jäger erforderlichen landesüblichen Jagdschusswaffen;
3. die Inhaber von Waffenscheinen.

Die Waffenscheine werden auf Antrag durch das Oberamt ausgestellt. Vorbrücke zu diesen Anträgen sind beim Stadtschultheißenamt zu haben.

Die Besitzer von ablieferungspflichtigen Schusswaffen werden aufgefordert, dieselben bis spätestens 8. März 1919 je werktags nachmittags von 4-6 Uhr auf dem Rathaus (Wartezimmer des Stadtschultheißenamts) abzugeben. Sie erhalten hiefür eine Bescheinigung. Die abgelieferten Waffen werden in ein Verzeichnis eingetragen, mit Nummern versehen und vorläufig beim Stadtschultheißenamt verwahrt. Wegen Rückgabe an den rechtmäßigen Besitzer wird spätere Verfügung des Ministerium des Innern ergehen.

Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbefugten Besitze von Waffen oder Munition der Abs. 2 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100.000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mitberührenden Umständen nicht unter 3 Monaten. Calw, den 28. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt: Schner:

Harmonium

wenn auch etwas defekt wird zu kaufen gesucht.

Näheres in der Geschäftsst. d. Bl.

Baumwachs

Baumbänder

Obstbaum-

Carbolinum

empfehl

N. Hauber.

Schöne

Handharmonika

mit 4 Register und zwei Bäß hat zu verkaufen.

A. Knoll, Marktstr. 26.

Stammheim.

Eine ältere, neumelkige



Ruh

(8-9 Liter Milch) verkauft.

Jakob String.

Achtung! Bad Liebenzell.

Theodor Siebler, Flaschner u. Installation, empfiehlt sich der geehrten Kundschaft sow. der Umgeb. in

Lieferung von Badeneinrichtungen, Kloset-Anlagen, Reparatur von Wasserleitungen, Entwässerung, Anfertigen von Waschkesseln, Ladenware

zu Ladenpreisen, sowie allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten.

Theodor Siebler.

Ein noch neuer

Ambos

samt Vorschlaghammer wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen. Näheres bei der Geschäftsst. d. Bl.

Eine noch guterhaltene

Schuhmacher-Nähmaschine

hat billig abzugeben.

Frau Bürlie, Stammheim.

Ugenbach.

Sege einen 7 jährigen



Braun-Ballach

starkes Rassepferd, sowie eine junge

Rug-

Ruh

dem Verkauf aus.

Johannes Wurster, Bauer.

Beinberg.



Ruh

mit dem 2. Kalb hat zu verkaufen.

Jakob Schanz.

Grundbuchamt Calw.

Grundstücks-Versteigerung.

Wilhelm Schöttle, Ratsdiener hier, bringt seine Grundstücke: Parz. Nr. 2071/3 6 ar 22 qm Gemüse- und Baumgarten beim Kapellenberg, Parz. Nr. 2071/2 6 ar 21 qm Gemüse- und Baumgarten allda, am Montag, den 10. März d. J., nachm. 2 Uhr, auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung. Liebhaber sind eingeladen.

Den 3. März 1919.

Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Grundbuchamt Alzenberg.

Grundstücks-Versteigerung.

Wilhelm Wackenhuth, Mechaniker in Calw, bringt sein Grundstück Parz.-Nr. 138 58 ar 20 qm Baumwiese im Gütte, angekauft zu 4510 Mk.,

am Montag, den 10. März d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Calw

zum zweiten und letzten Mal öffentlich zur Versteigerung.

Den 3. März 1919.

Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

300 Liter guten

Apfelmof

Wasserglas

empfehl

hat zu verkaufen.

Witw. Mühle, Liebenzell.

N. Hauber.

J. Odermatt, Friseurgeschäft

empfehl

jämmtliche Toilettenartikel

nie:

Seife, Mundwasser, Zahncreme, Zahnbürsten, Hautcreme, Frisierkämme, Haarbürsten, Parfümerien, Seitenkämme, Nuffteckkämme, Spangen, Kopf- und Haarwasser, Brillantine (fest und flüßig), jämmtliche Artikel für Nagelpflege, Haarnadeln, Haarneze in all. Farb. usw.

Stadtgemeinde Calw.
Zur Prüfung der Frage, ob hier ein Bedürfnis zu weiteren
Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel
vorliegt, werden Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen, welche keine
Wohnung bekommen können, aufgefordert, dies bis 10. März beim
Stadtschultheißenamt anzugeben unter näherer Angabe und Begründung
ihres Bedarfs.

Ebenso werden die Behörden ersucht, ihren Bedarf für ihre Beamte
und sonstigen Angestellten anzumelden.

Calw, den 3. März 1919. Stadtschultheißenamt: Sölyner.

Die Stelle der
Hauseltern im Altersheim
ist auf 1. Mai 1919 neu zu besetzen.
Bewerber wollen sich bis 8. März 1919, je vormittags bei der
Stadtpflege melden.
Den 3. März 1919. Stadtpflege: Frey.

Calw, den 4. März 1919.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
an dem schweren Verluste unseres lieben Kindes
Theo
sowie die vielen Blumenspenden,
sagen herzlichsten Dank
Familie Bauer.

Naislach, den 3. März 1919.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme
während des schweren Leidens und beim Hin-
scheiden unseres unvergeßlichen Vaters
und Großvaters
Friedrich Kentschler,
Kirchengemeinderat,
sagen wir herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ottenbronn.
Jagd-Verpachtung.
Die hiesige Gemeindejagd, bestehend in
340 ha Grundfläche, 201 ha Feld und 139
ha Wald, wird am Dienstag, den 11. März
1919, nachm. 2 Uhr, im hiesigen Rathaus im öffentlichen Aufstreich
auf 3 Jahre verpachtet werden, wozu Liebhaber einladet.
Der Gemeinderat.

Nischalden, D.-N. Calw.
Jagd-Verpachtung.
Am Samstag, den 8. März 1919, nachm.
2 Uhr, kommt im Rathaus hier die Gemeinde-
jagd, umfassend 940 ha Grundfläche der hiesigen Markung und zwar:
Feldfläche 220 ha, Waldfläche 620 ha, im öffentlichen Aufstreich auf
6 Jahre zur Verpachtung, wozu Liebhaber eingeladen werden.
Den 1. März 1919. Gemeinderat.

Rettenstränge für Pferde und
Ketten Vieh, sowie alle
übrigen
sind stets in großer Auswahl vorrätig bei
Emil Reiter, Weilberstadt.

Sofort oder 1. April ordentlich.
Mädchen
nicht unter 16 Jahren, für Küche
u. Haushaltung gesucht, in Laden-
geschäft zu kinderlosem Ehepaar.
Hoher Lohn und gute Behandlung
zugesichert.
Angeb. erb. an d. Geschäftsst. d. Bl.

Jüngeres, fleißiges
Mädchen
sofort oder 15. März bei guter Be-
handlung gesucht.
Gg. Mayer, Handelsgärtner
Stuttgarterstr. 420.

Suche sofort ein fleißiges, ordentl.
Mädchen
für Küche und Haushalt nicht unter
19 Jahren.
Otto Stoh, Hirsau.

Suche auf 15. März ein tüchtiges
Mädchen
nicht unter 19 Jahren, das schon in
gutem Hause war und kochen kann.
Frau Apotheker Bozenhardt
Neuenbürg.

Für meine Landwirtschaft suche
ich sofort ein älteres, kräftiges
Mädchen
Bezahlung gut.
Joh. Brander, Steinh. Wtw.
Wimsheim D.-N. Leonberg.

Einen ordentlichen
Jungen
nimmt in die Lehre.
J. Klingel, Gipfermeister.

Maler-Lehrling
bei gründlicher Ausbildung
sucht
Georg Moser & Sohn,
Malermeister Pforzheim.

Eine 2- bis 3-Zimmer-
Wohnung
von kleiner, ruhiger Familie bis 1.
April oder später in Calw zu mieten
gesucht. Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Verkaufe eine
Gaslampe.
Insel 205, 1 Treppe.

Statt besonderer Einladung.
Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte
zu unserer am Donnerstag, d. 6. März 1919 stattfindenden
Trauung
freundlichst einzuladen.
Friedrich Seyfried,
Blagarbeiter, Sohn des Martin Seyfried, Schneider
in Lützenhardt,
Katharina Reck,
Tochter des Jakob Reck, Bauer in Sonnenhardt.
Rückgang um 12 Uhr in Javelstein.

Bad Teinach.
Gasthof z. Hirsch
ab 5. März wieder eröffnet.

Für Pferdebesitzer!
Von eintreffendem
**Erbfen-, Kleesamen-
und Wicken-Stroh**
vermischt mit 1/3 Ackerbohnenstroh,
wird noch abgegeben und sehen sofortiger Bestellung entgegen
Gebr. Emendörfer, z. „Döhlen“, Liebenzell, Telef. 2.

Ein **Wohn- und
Geschäfts-Haus**
mit schöner Werkstatt und Laden in
bester Lage auf d. Lande in größerer
Ortschaft, passend f. Schuster, Schnei-
der und dergl., zu verkaufen.
Tüchtigem Geschäftsmann,
der noch etwas Landwirtschaft be-
treiben könnte, wäre sichere Existenz
geboden. Näheres in der Geschäfts-
stelle des Blattes.

Einfach möbliertes
Zimmer
zu mieten gesucht. Gest. Angebote
unter H. R. an die Geschäftsstelle
des Blattes.
Einfach möbliertes
Zimmer
zu mieten gesucht. Von wem sagt
die Geschäftsstelle des Blattes.
Möbliert. Zimmer
eventl. mit Pension (ganz oder
teilweise) zu vermieten. Zu er-
fragen bei der Geschäftsst. ds. Bl.

Waterländische Pflicht jedes wahrhaft
deutsch gesin-
ten ist es:
**Keinen eigenen Betrieb in Gang zu halten u. möglichst zu vergrößern;
andere Betriebe durch Erteilung von Aufträgen zu beschäftigen.**
Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann
den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die
heimkehrenden Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wahlspruch muß lauten: **Und jetzt erst recht!**